

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Knaub, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringschloß monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weimarerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Weimarerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonto. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 290.

Dresden, Freitag den 13. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Deutsch-böhmische Nöte.

Am Mittwoch legten die Tschechen die Barriere von Reichenberg ab. In der früh Morgenstunden trafen mehrere Bataillone tschechisch-slowakischer Truppen in verschiedenen Richtungen der Umgebung von Reichenberg ein, sie besetzten die Bahnhöfe und unterbanden den Zugverkehr. Früh 5 Uhr erschienen etwa 100 Mann tschechisch-slowakischer Truppen in Langenbrunn. Sie entwaffneten die Volkswache und quartierten sich in deren Kaserne ein. Um 6 Uhr rückten weitere 100 Mann aus der Gegend von Gabeln ein, sie besetzten Gabeln, Groschwitz, Brandel und brachten den Veronesenverkehr auf der Strecke Reichenberg-Gabeln-Tamswald ins Stocken. Weiter wurde die Station Kriesdorf der Reichenberg-Teplitzer Bahn besetzt. Sogar auf dem Reichelstein erschienen in den Morgenstunden eine tschechische Patrouille und verlangte die Uebernahme des Reichelsteinhauses, die jedoch entschieden verweigert wurde. Später rückten die Tschechen auch in die Stadt Reichenberg ein.

Die deutsch-böhmische Landesregierung erbat unter Mitnahme der Archive nach Rittau in Sachsen. Auch ein Teil der Beamten ging mit ihr. Der Landeshauptmann Dr. Ritter von Koban hat sich nach Friedberg begeben. Er plante im Namen der deutsch-böhmischen Landesregierung ein Telegramm an die Reichsregierung, um diese um Befreiung Deutsch-Böhmens durch amerikanische, englische oder französische Truppen zu ersuchen. Er weist darauf hin, daß bei der Stimmung zwischen Tschechen und Deutschen die Befreiung Deutsch-Böhmens durch die Tschecho-Slowaken ein unnützes Blutvergießen verursachen könnte. Ein an den Präsidenten Wilson gerichtetes Telegramm des Landeshauptmanns fordert unter Hinweis auf das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht auch für die 200 000 Deutsch-Böhmen. Die Depesche an den Ententekriegsrat beschloß am Mittwoch auch den deutsch-österreichischen Staatsrat, der in einer längeren Sitzung dazu Stellung nahm. Bei der Besprechung war der Staatsrat des Neuherrn nach dem Staatssekretär Bauer vertreten. Die Depesche wurde, da eine telegraphische Intervention noch nicht für oportun gehalten wurde, noch nicht abgesandt, weil der Staatsrat die Frage des Selbstbestimmungsrechts in Deutsch-Böhmen wie in Deutsch-Oesterreich überhaupt mit der weit ausbreitenden Aktion behandelt wissen will. Besonderes Gewicht wird auf den Hinweis gelegt, daß tschechisch-slowakische Truppen bereits auf dem Gebiete von Nieder-Oesterreich stehen, dessen deutscher Charakter noch niemals ernstlich in Zweifel gezogen wurde. Es soll eine Note an den Ententekriegsrat gerichtet werden, in der dieser ganze Fragenkomplex behandelt werden soll.

Am Donnerstag traf Genosse Seeliger, der sozialdemokratische Landesvertrauensmann und Landeshauptmann, in Begleitung einiger deutsch-böhmischer Genossen in Dresden ein. Es fand eine Unterredung mit dem Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Sachsen statt, in der Genosse Seeliger über die tschechische Invasion berichtete. Die deutsch-böhmischen Genossen verließen Reichenberg in letzter Stunde, als die Stadt schon in großem Maßstabe von den Tschechen umstellt war. Sie gingen, um sich einer Internierung durch die Tschechen zu entziehen, von der sie zwar persönlich nichts zu befürchten gehabt hätten, die aber ihre Arbeitskraft brotlos gemacht hätte. Sie fühlten sich verpflichtet, sich ihrem Lande in diesen ersten Tagen zur Verfügung zu stellen, nachdem es in Reichenberg selbst für ihre Betätigung keine Möglichkeit mehr gab. Sie werden versuchen, Wien zu erreichen. Ob die deutsch-böhmische Landesregierung nach Deutsch-Oesterreich geht oder vorläufig in Rittau bleibt, ist noch nicht entschieden. Die Genossen reisten noch gestern Abend nach Rittau ab.

Die Tschechen spielen sich in den besetzten Städten als unumschränkte Herrscher auf. In Gabeln entwaffneten sie die dortige Volkswache und stellten Wachenposten auf die Dächer der höchsten Häuser auf. Auch Trautenau wurde von den tschechischen Truppen besetzt. In Wiener Neustadt rechnet man mit der bevorstehenden Besetzung der böhmischen Stadt Komotau und der tschechischen Stadt Troppau durch die Tschechen.

Doch auch tschechische Genossen ihrer nationalistisch-anatistischen bürgerlichen Vorbilder wert sind, geht aus einem Artikel der sozialdemokratischen Zeitung Kohnst (Gleichheit) in Brünn hervor, in dem es heißt: „Was haben wir zu tun, um stark zu sein und die Bilanz der Regierung nicht nur mit fester Hand zu führen, sondern auch den wilden Mischel zu zähmen. Um das zu erzielen, müssen wir ihnen nichts zu geben, ihnen alle Subsidien abzuschneiden, allmählich alle Subsidien und die großen Städte zu besetzen und den Widerstand der Deutschen zu brechen. Die Deutschen müssen sich bemühen sein, daß wir hier die Herzen sind, daß wir besetzen.“ Hat man diese Sätze gelesen, wundert man sich nicht länger darüber, daß ein Appell des Genossen Seeliger

an den Gerichtspräsidenten der tschechischen Genossen ungehört im Winde verhallte.

Karlstadt besetzt

Karlstadt, 12. Dezember. Heute Abend wurde Karlstadt von 800 tschechischen Soldaten und 30 Offizieren besetzt.

Die neue ostslowakische Republik.

Budapest, 12. Dezember. Am Mittwoch haben die führenden Männer des Ostslowakischen Reiches die selbständige und unabhängige Republik ausgerufen, deren Reich sich auf das ganze von Slowaken benutzte Gebiet erstreckt und deren ethnographische und politische Grenzen auf der Friedenskonferenz genau festgelegt werden sollen.

Lloyd George und Fehrenbach.

Die Ereignisse, die sich jetzt abspielen, zeigen immer wieder von neuem, wie recht die Sozialdemokratie gehandelt hat, indem sie durch ihr Verhalten während des Krieges eine Niederlage von Deutschland abzuwenden versuchte. Die Gegner führen die Waffenstillstandsbedingungen mit rücksichtsloser Härte durch, und die Stimmen, die aus dem Entente Lager zu uns herüberklingen, lassen darauf schließen, daß das besetzte Deutschland auch bei Abschluß des Friedens keine milde Behandlung zu erwarten hat. Während des Krieges haben uns die leitenden englischen Staatsmänner wiederholt versichert, daß es ihnen vor allen Dingen auf den Sturz der in Deutschland herrschenden militaristischen Kräfte ankäme. Jetzt sind die früheren Herren Deutschlands gestürzt, aber trotzdem sollen den deutschen Völkern Bedingungen auferlegt werden, die seine Zukunft aufs schwerste gefährden. In einer in Bristol gehaltenen Rede sprach Lloyd George von der Höhe der Kriegsschuld und forderte, daß hier die Entente rücksichtslos gegen Deutschland vorgehe. Bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit soll das deutsche Volk herangezogen werden. Die Tschechen sollen ihn unterwerfen werden, damit auch der letzte Pfennig, den es irgendwie zahlen könnte, von ihm herangezogen werde. Es scheint, als wenn die leitenden englischen Staatsmänner insofern nichts von unsen alldeutschen Staatsmännern voraushaben, als sie auch aus der Geschichte nicht zu lernen vermögen; sonst müßten sie wissen, daß es selten für die Dauer ein Gewinn für den siegreichen Staat gewesen ist, wenn der besiegte Gegner beim Friedensschluß zu sehr gedemütigt und belastet wurde.

Aus England sind während des Krieges immer wieder Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit zu uns herübergeklingen, freilich, ohne daß die Freunde eines Verständigungsfriedens in England einen entscheidenden Einfluß gewinnen konnten. Auch jetzt scheint es in England nicht an Einsichtigen zu fehlen, die begreifen, daß es für die Welt verhängnisvoll wäre, wenn Deutschland zu baldende Friedensbedingungen auferlegt würden. So schreibt die Westminster Gazette, diejenigen Leute, die jetzt ihren Wählern erklären, sie würden sich für die Aufhebung der Dienstpflicht entscheiden, ihnen aber auch versprechen, daß Deutschland gezwungen werden würde, alle Bedingungen der Allierten bis zum letzten Pfennig zu bezahlen, seien wertlose Demagogie. Ihre Politik würde eine militärische Befreiung Deutschlands auf viele Generationen und die Verheerung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit bedeuten. Nach der Rede Lloyd Georges darf man sich aber nicht der Hoffnung hingeben, daß bei den nachgehenden Verhandlungen Englands bis zu den Friedensverhandlungen so verständige Anschauungen, wie sie hier die Westminster Gazette äußert, die Oberhand gewinnen werden.

Die Allierten scheinen es mit dem Abschluß des Friedens sehr wenig eilig zu haben. Es liegt ihnen offenbar daran, die Zeit des Waffenstillstands möglichst lange auszu dehnen, und sie benutzen die Zeit, um Deutschland durch Fortsetzung der Blockade wirtschaftlich schwer zu schädigen. Um so mehr muß in Deutschland alles vermieden werden, was den Gegnern Wortwände liefern könnte, um die Verzögerung des Friedensschlusses zu rechtfertigen. Wir dürfen jetzt nicht denselben Fehler machen, den Deutschlands frühere Herren gemacht haben, die den schlimmsten Feinden Deutschlands, den ärgsten Kriegsgewinnern im Entente Lager durch ihr Verhalten in die Hände gearbeitet haben. Wir müssen vor allem so bald wie möglich den Gegnern die Wahlfreiheit nehmen, zu behaupten, daß in Deutschland eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden sei. Deswegen ist es ja so dringend notwendig, daß recht bald die Nationalversammlung zusammentritt. Der Ruf nach dem baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung wird auch immer lauter. Die Reichsleitung teilt mit, daß ihr täglich von vielen Seiten Kundgebungen zuehen, die eine Beschleunigung der Nationalratswahlen fordern. In gewissen Kreisen besteht der Wunsch, den allen Reichstag wieder zusammenzutreten zu lassen, angeblich um die Reichsleitung verhandlungsfähig

zu machen. Jetzt hat Reichstagspräsident Fehrenbach an die Reichstagsabgeordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einberufung einer Sitzung des alten Reichstags ankündigt. Die Reichsregierung hat Herrn Fehrenbach daraufhin erklärt, daß ihrer Ansicht nach Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört hätten, und daß Herr Fehrenbach jede Verantwortung für alle Folgen zu tragen habe. Die Behauptung, daß der Verband der jetzigen Regierung jede Verhandlungsfähigkeit absperrt, entbehre jeder Begründung.

Ein Wirtschaftsabkommen.

Salzach, 12. Dezember. Die Konferenzen zwischen den Vertretern Deutsch-Oesterreichs und des slowakischen Verwaltungsbereichs sind heute abgeschlossen worden. Neben die Wahrung der Erhaltung des durchlaufenden Verkehrs, den Warentransport und die Durchführung der tschechisch-slowakischen Republik über Deutsch-Oesterreich nach Südböhmen ist vollkommenes Einvernehmen erzielt worden. Das Übereinkommen tritt am 15. Dezember in Kraft. Weiter ist eine 14 tägige Abhängigkeit ausbedungen worden.

zu machen. Jetzt hat Reichstagspräsident Fehrenbach an die Reichstagsabgeordneten ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einberufung einer Sitzung des alten Reichstags ankündigt. Die Reichsregierung hat Herrn Fehrenbach daraufhin erklärt, daß ihrer Ansicht nach Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört hätten, und daß Herr Fehrenbach jede Verantwortung für alle Folgen zu tragen habe. Die Behauptung, daß der Verband der jetzigen Regierung jede Verhandlungsfähigkeit absperrt, entbehre jeder Begründung.

Auch wir können die Einberufung des Reichstags nicht als ein geeignetes Mittel betrachten, um die Reichsregierung zu legitimieren. Der Reichstag hat jetzt zweifellos eine Zusammenlegung, die den Anschauungen der Mehrheit des Volkes nicht mehr entspricht. Würden die früheren Reichstagsabgeordneten, dem Wunsch Fehrenbachs folgend, irgendwo zusammenzutreffen, so bedeutete ihre Versammlung rechtlich nichts weiter, wie irgendeine andre von einem beliebigen Bürger einberufene Versammlung, in der über politische Fragen diskutiert wird. Zudem würde ein großer Teil der Abgeordneten — zum mindestens alle sozialdemokratischen — nicht an dieser Reichstagszusammenkunft teilnehmen und deshalb würde dieser Versammlung jede Autorität fehlen. Niemand würde ihre Beschlüsse als Ausdruck der Volksmeinung ansehen, und es braucht kaum erst gesagt zu werden, daß diese keinerlei bindende Kraft hätten.

Nicht nur der Vorkriegsstand, sondern auch liberale Zeitungen, wie die Vossische Zeitung und das Berliner Tageblatt, die Blätter meinen, daß so lange kein Grund zur Einberufung des Reichstags vorliegt, bis die Entente das direkt verlangen. Wenn etwa gewisse Kreise glauben sollten, daß sie mit Hilfe des Reichstags die gegenwärtige Regierung stürzen und ein Teil der revolutionären Gruppierungen beteiligen können, so dürfen sie sich irren.

Immer wieder zeigen Kundgebungen aus allen Teilen Deutschlands, daß die große Mehrheit des Volkes hinter der jetzigen Regierung steht. Freilich, diese Stimmung könnte umschlagen, wenn der Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, recht bald in ordnungsgemäßer Weise in einer Nationalversammlung seinen Willen zum Ausdruck bringen zu können, nicht erfüllt wird. Deswegen kann man nicht dringend genug wünschen, daß die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember sich für eine Beschleunigung der Nationalratswahlen ausspricht. Steht bald fest, daß das deutsche Volk binnen kurzem eine Herrschaft haben wird, in der sein Wille unabweislich zum Ausdruck kommt, so wird Fehrenbachs Ruf nach dem alten Reichstag bedeutungslos bleiben.

Englische Entschädigungsforderungen.

London, 11. Dezember. (Mentel). In einer Versammlung in Bristol sagte Lloyd George, daß das Militärdienstgesetz aufgehoben wird, sobald die Notwendigkeit dazu aufgehört hat. Es besteht nicht die Absicht, es zu erneuern. Wenn wir einen dauernden Frieden wollen, so müssen wir den Dienstpflichtarmeen auf dem europäischen Festlande ein Ende machen.

Deutschland, Oesterreich, Rußland, die Türkei und Bulgarien hätten Armeen von zusammen zwölf Millionen Mann. Es ist nicht denkbar, daß wir diesen Ländern erlauben werden, wiederum gegen ihre Nachbarn Armeen von zwölf Millionen aufzustellen. Die Friedenskonferenz wäre dann eine Farce. Neben die Marine sagte Lloyd George, sie sei keine offensive, sondern eine defensive Waffe. Deshalb beschloß England nicht, sie aufzugeben. Sie habe die britischen Inseln jahre- hundertlang vor der Invasion bewahrt. England beschloß nicht, seine Zukunft aufs Spiel zu setzen.

In einer anderen Rede sagte Lloyd George: Die Regierung hat ihnen ihr Friedensprogramm mitgeteilt. Es ist ein Programm unangenehm. Es darf keine Nacht geben, ohne daß die Welt in dieses Land gedrungen wurde, in welchem die Gerechtigkeit geübt werden. Die den Krieg begonnen